

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M., vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Resten 30 Pf.

## Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dezember für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pfg. für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mark 34 Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

## Deutschland.

**O Berlin, 27. Oktober.** Wenn gegenwärtig in der Presse über eine Personalvermehrung in der Marine Mittheilungen verbreitet werden, so ist darauf zu verweisen, daß dieselben, soweit sie sich auf die im Jahre 1892—93 eingeleitete organische Erhöhung des Personalbestandes der damals schon fertigen Schiffe beziehen, unrichtig sein müssen; denn diese Erhöhung ist in den inzwischen bewilligten Etats zur Durchführung gelangt. Schon im Etat für 1896—97 waren Forderungen für solche Schiffe nicht mehr enthalten. Dagegen waren bei einer ganzen Reihe von Titeln Mehraufträge für Personalvermehrungen vermerkt, die sich als Folge jener Maßnahme bezüglich der damals erst im Bau begriffenen neuen Schiffe ergaben. In der Denkschrift zum Marine-Etat für 1892 bis 93 war als Ziel für das Matrosenpersonal ein Friedensstand von der halben Besatzungsstärke und für das Maschinenpersonal bei den neuen Schiffen ein solcher von 2/3 der vollen Besatzung bezeichnet. Es ist selbstverständlich, daß bei neuen Schiffen, die an und für sich wegen ihrer größeren Komplexität einen stärkeren Mannschaftsbedarf bedürfen, dieses Ziel auch im Auge behalten wird und daß, sobald es möglich wird, solche neuen Schiffe zu benennen, die entsprechenden Forderungen im Etat erscheinen. So sind nun im Etat für 1896—97 auf Grund der Denkschrift zum Etat für 1892—93 für die zuletzt fertig gestellten neuen Schiffe „Obin“ und „Regia“, welche in Kriegsschiffen in den heimischen Gewässern als Schulschiffe Verwendung finden sollen, die Friedensstärke und zwar vom Matrosen- und Handwerkerpersonal 1/2, und vom Maschinenpersonal 2/3 der etatsmäßigen Besatzung gefordert und bewilligt worden. Wenn auch im nächsten Etat Neuforderungen für Personalvermehrung erscheinen sollten, so dürfte es sich wohl wahrscheinlich um ähnliche Fälle handeln.

Am 1. November soll der 1892 in Angriff genommene und mit einem Kostenaufwande von 7 1/2 Millionen Mark hergestellte Fischereihafen in Geestmünde dem Verkehr übergeben werden. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wird der Eröffnungsfesterei beizuohnen.

Der beschriebene Fischhafen, welcher bisher allein für den Verkehr der Fischereifahrzeuge zur Verfügung stand, reicht längst nicht mehr aus und entbehrt überdies der direkten Eisenbahnverbindung und einer Post- und Telegrapheneinrichtung. Die Zahl der Fischdampfer hat sich von 1885, wo das erste Fahrzeug dieser Art in Betrieb gesetzt wurde, bis jetzt auf 67 vermehrt. Im vorigen Jahre wurden in Geestmünde für beinahe 3 Millionen Mark Seefische verpackt und oder freihändig verkauft. Die Eisenbahnfracht für Seefische ab Geestmünde belief sich auf 1,2 Millionen Mark. Der Grund dieser trotz der ungenügenden Hafenanlage raschen Entwicklung ist in der günstigen Lage Geestmündes zu suchen. Der Hafen liegt an der stets eisfreien Weiser und in mäßiger Entfernung von den Fischereierpieren. Die Eisenbahnverbindung von Geestmünde mit dem Binnenlande ist gut.

Der neue Fischereihafen hat von der Weiser her eine stets offene Einfahrt von 110 Meter Breite. Diese ist etwas stromaufwärts gerichtet, um den mit der Flut ankommenden Fahrzeugen die Einfahrt zu erleichtern. Das Hafengebiet selbst hat bei 60 Meter Sohlenbreite eine Staillänge von im Ganzen 1200 Meter, von der zunächst nur die nach dem Strome zu liegende Seite ausgebaut ist. Die Kaiplätze haben eine Breite von 78 Metern. An der südlichen Mole befindet sich zunächst eine zollfreie Niederlage für die Ausladung und Verpackung der Fische. Dann folgt die große öffentliche Fischhalle von 450 Meter Länge und 20 Meter Breite. Ein 10 Meter breiter Vorraum dient zum öffentlichen Verkehr und zur Fischauktionen. Die Fischhalle und ihr Hinteraum ist abtheilungsweise verpackt, auf dem letzteren haben sich die Händler die für ihren Betrieb notwendigen Anlagen, Kessel, u. dergl. selbst herzustellen. In unmittelbarer Nähe befindet sich der Güterbahnhof mit drei überdachten Bahnsteigen von je 45 Meter Länge und 10 Meter Breite und mit beiderseitigem Geleisensanlage, so daß gleichzeitig 30 Waggons abgefertigt werden können.

Weiter führt an die Fischhalle ein Seemannshaus, eine Post- und Telegraphenstation und ein Restaurationsgebäude. Der Hafen wird elektrisch beleuchtet. Dabei ist die Ausbarmachung der elektrischen Kraft für die Gewerbebetriebe, für Eismaschinen u. s. w. vorgesehen. Der ganze Betrieb des Hafens, des Seemannshaus, der Restauration u. s. w. wird von einer Genossenschaft geführt, der Staat bezieht nur einen Theil der Gebühren. Das Hafengebiet ist der Weiser mit großen Schwierigkeiten abgewonnen. Im Ganzen sind jetzt 70 Hektar mitbare Flächen gewonnen und durch einen 5 Meter hohen Deich von 3,5 Meter Kammbreite vor Angriffen geschützt.

Es darf erwartet werden, daß nach Eröffnung dieses neuen Hafens der Fischereiverkehr entsprechenden Ganges die Hochseifischerei und die Verjagung des Hinterlandes mit Seefischen von Geestmünde aus einen weiteren Aufschwung nehmen wird.

Von unterirdischer Seite wird der „Magdeburger“ heute bestätigt, daß der Generalsekretär der national-liberalen Partei, Herr Bagin, auf die Denunziation des Weisers hin mehrmals über die Organisation der Partei verhandelt worden ist. Da der Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen dazu führen werden, daß der Staatsanwalt zum Eingreifen veranlaßt wird, bleibt abzuwarten. Wir können dieser Mitteilung noch hinzufügen, daß auch der Schriftführer des konservativen Central-Ab-

theils, Herr v. Seidenstorf, von Beamten der Staatsanwaltschaft vernommen worden ist. Es darf als selbstverständlich gelten, daß, wenn hier gefestigte Verhältnisse vorliegen, sie auch strafrechtlich verfolgt werden müssen; dagegen wird Niemand etwas einzuwenden haben. Wozu aber dieser Vorgang mahnt, das ist die dringende Aufforderung an die Regierung, daß nun endlich mit der vom Fürsten Hohenhausen bei der Veranlassung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Juni gegebenen Ankündigung von der Verlegung eines Vereins-Notzengesetzes Ernst gemacht wird. Die Eröffnung des preussischen Landtages steht in wenigen Wochen bevor, und trotzdem hat man noch nichts davon gehört, daß die Befestigung des völlig unhaltbaren Zustandes, das politische Vergehen nicht mit einander in Verbindung treten dürfen, vom Ministerium des Innern in Angriff genommen worden wäre. Nach den vom Reichstage im Reichstage gegebenen Erklärungen haben sich die Staaten, in denen das Verbot des politischen Vertriebes der Vereine besteht, sämtlich bereit erklärt, dem allgemeinen Verlangen nach Aufhebung dieser lästigen Bestimmung Folge zu leisten; aber von allen diesen Bundesstaaten ist es bis jetzt Schwarzburg-Sondershausen allein gewesen, welches die Aufhebung des Verbotes gesehlich beschloffen hat.

— Lieber die deutsche Streikbewegung im Jahre 1895 wird von der „Generalcommission“ eine statistische Zusammenstellung veröffentlicht. Wir erfahren daraus, daß 1895 im Ganzen 204 Streiks stattgefunden haben, an denen 14 032 Personen beteiligt waren und die (außer den Verlusten durch Lohnausfall) die enorme Summe von 424 913 Mark Kosten verursacht haben. Das Ausland hat diesmal, da es sich nicht um Streiks in Gewerben, die bei dem internationalen Wettbewerb hervorragend in Betracht kommen, gehandelt hat, nur wenig — nämlich 299 Mark beigesteuert. Die erwähnten Streiks zerfielen in 94 Arbeiter-, 110 Angestellten-Streiks. Von den ergebnislosen waren 30 erfolglos, 12 theilweise erfolgreich und 50 erfolglos; von den letzteren erzielten 57 einen vollen, 18 einen theilweisen und 25 keinen Erfolg. Seit dem Jahre 1892 sind die Streiks in fortwährender Zunahme begriffen, und wie die Andeutungen auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage und in der Presse ergeben, wird im nächsten Jahre das Streiken einen noch viel größeren Umfang als bisher annehmen. 1892 fanden 73; 1893 116; 1894 131; 1895 204 Streiks statt. Im Jahre 1892 streikten 3022; 1895 aber 14 032 Personen; 1892 betrug die Gesamtdauer der Streiks 507; 1895 aber 1030 Wochen und während im Jahre 1892 durch die Ausstände eine Ausgabe von 84 638 Mark verursacht war, betrug diese im Jahre 1895 424 231 Mark.

— In Erwartung eines Eisenbahnbaues in Deutsch-Südwestafrika haben sich vorläufig die Kaufleute von Swakopmund selbst geholfen. Dadurch, daß mit Hilfe der Lokomotive des Deutschen Ostafrika-Eisenbahns die schwere Dinstrecke überwinden wird, ist der Transport der Waaren nach dem Innern bedeutend erleichtert. Die Lokomotive bringt die Waaren bis zu einem Ort, wo die Frachtfahrer genügend Gras und Wasser für ihr Vieh finden und der so beschwerliche Weg nach der wasserlosen Küste nicht mehr vermindert. Der Personen- und Postverkehr von Swakopmund nach Windhoek ist ebenfalls neu geregelt worden. An Stelle der Ochsenwagen treten zweirädrige Karren nach Art der deutschen Karrenposten, welche mit sechs Pferden bespannt sind und auf großen über 5 Fuß hohen Rädern laufen. Hierdurch wird die sonst übliche Fahrzeit von 10 bis 11 Tagen auf 7 reduziert. Die Postverwaltung ist somit in die Lage versetzt, im Monat regelmäßig 2 Posten nach und von der Küste zu expedieren. Gleichzeitig ist ein gedachter Vorbesitz zu eingerichtet, da 1 bis 2 Personen außer dem Postillon Platz haben und so gleichzeitig ein geregelter Personenverkehr von Swakopmund nach Groß-Windhoek resp. Zwischenstationen entsteht, durch Anlage von Poststationen in Salem, Oshingue und Gernu Hays eigenen Filialen Naosib, Groß-Barmen und Oshinga sind den Reisenden Nachtquartier und die im Lande möglichen Bequemlichkeiten geboten. Nachdem der Kolonialrath sich wieder für Anlage von Telegraphenlinien im Schutzgebiet ausgesprochen hat, dürfte man endlich damit Ernst machen.

— An das deutsche Volk wenden sich eine Anzahl Männer aus Gotha mit der Bitte, an den Reichstag eine Petition über das Duellwesen und die Militärgerichtsbarkeit zu richten, in der das Reichsparlament gebeten wird, dahin zu wirken,

daß der am 21. April d. J. einstimmig von ihm gefasste Beschluß, die Befestigung des Duellwesens in der Armee betreffend, zur Anerkennung und Durchführung gelange, und

daß die noch immer für die Angehörigen des Militärstandes bestehende eigene Gerichtsbarkeit, soweit sie sich nicht auf Dienstvergehen bezieht, aufgehoben werde.

Der Aufruf lautet:

„Vor einem halben Jahre hat der deutsche Reichstag mit Einstimmigkeit an den Bundesrath die Aufforderung gerichtet, Maßregeln zur Befestigung des Duellwesens in der Armee zu treffen. In seltener Einmütigkeit haben unsere Vertreter die diesem Umfassen zu Grunde liegende Annahme zurückgewiesen, als gebe es neben und über der bürgerlichen Ehre, die vor allem den Befehlen des Staates zu gehorchen gebietet, noch eine besondere, höhere Offiziers Ehre, die gelegentlich sogar die Befreiung dieser Befehle fordern könnte.“

Auf diesen Reichstagsbeschluß ist bis jetzt nichts geschehen, so weit wenigstens die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalten hat, und wenn man aus der feierlichen Anklage des Bundesrathes eigenes Recht ziehen darf, scheint jene impotente Kundgebung des Volkswillens an den Anschauungen der maßgebenden Kreise nichts geändert zu haben.

Wozu diese veralteten und das ehrenhafte Bürgertum beleidigenden Anschauungen schließlich führen, das hat die Buthat in Karlsruhe mit entsetzlicher Deutlichkeit gezeigt. Ein Offizier hält seine Ehre durch die wirkliche oder vermeintliche Unbetheiligung eines Zivilisten für verletztes; und er glaubt sie dadurch wieder herstellen zu können und zu müssen, daß er seinen wackelnden Gegner niederschlägt. Und nach voll-

brachter That kann er ruhig davongehen, kann noch zwei Tage lang als freier Mann sein Amt versehen, denn als Offizier steht er außerhalb der bürgerlichen Rechtspflege, die Organe der öffentlichen Sicherheit haben keine Macht über ihn.

Niemand denkt daran, für diese That eines Einzelnen seine Standesgenossen persönlich verantwortlich zu machen; aber daß die in ihnen kreisenden vielfach herrschenden und eifrig gepflegten Anschauungen, daß der durch staatlichen Zwang in ihnen geforderte Geist dafür in letzter Linie verantwortlich zu machen ist, das haben die Ankündigungen des Reichstages selbst bewiesen; das beweisen weiter die Beschuldigungen und Entschuldigungsverträge, die jetzt bereits an bedeutungsvollen Stellen gemacht werden. Noch zittert in allen Kreisen unseres Volkes ohne Ansehen der Partei die Erregung über jene That anarchistischer Selbsthilfe nach, und schon wagt man zu schreiben: „Eine solche rasche Buthat ähnen und verbieten, hebe den Charakter unseres Offizierskorps in seinem festen Gefüge erschüttern.“ Man weiß eben nur zu gut, daß die Aufregung der öffentlichen Meinung schnell zu vergehen pflegt, und daß dann ungestraft alles beim Alten bleiben kann.

Deutsches Volk! Soll sich diese Rechnung auf Deine Unbetheilbarkeit und Vergeltlichkeit wieder einmal wie so oft schon als richtig bewähren? Soll alles, was in diesen Tagen gedacht und empfunden, gesagt und geschrieben worden ist, umsonst gewesen sein? Das darf nicht sein — wenn Du nicht die Mißachtung, die man Deinem Willen entgegenbringt, voll und ganz ablehnen willst. Darum erhebe Deine Stimme, um zu fordern:

Anfrichtige und energische Durchführung des vom Reichstage einstimmig gefassten Beschlusses betreffend die Befestigung des Duellwesens;

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für alle nicht dienlichen Vergehen.

Diese Forderungen sind beschließen; Viele von uns gehen in ihren Wünschen weit darüber hinaus. Aber Niemand begreift sich des Rechtes, mehr zu erheben, wenn er zunächst dem zukünftig, was alle wünschen können. Nicht darauf kommt es an, viel und ungeschick zu fordern, sondern auf dem einmal als gerecht erkannten Verlangen mit unerschütterlicher Festigkeit zu beharren.

Darum fordern wir alle unsere Mitbürger auf, mit uns an den deutschen Reichstag die Bitte zu richten, daß er die genannten Forderungen zu den seinen machen und mit allen ihm verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen suchen möge. Wer noch eine Spur von Bürgerstolz in sich fühlt, wer in der Gleichheit aller vor dem Gesetze und in der unverrückbaren Festhaltung des Gesetzes durch Alle die Grundpfeiler der staatlichen Ordnung sieht, wer endlich unser Vaterland vor der Gefahr behüten will, daß der in Tausenden hochgehende Sturm der Verfallung einmal zum Verfall kommen, der schreie sich uns an!

An der Spitze der Unterschriften steht derjenige des Geheimraths G. Verlet, Präsidenten des Landgerichts und des Landtages. Die Unterschriften zu der Petition — welche letztere bei dem Buchbindermeister Friedrich Henrich in Gotha erhältlich ist — sind möglichst bis zum 8. November zu richten an einen der Gothaer Unterschriften: Reichsammalt G. Heller, Senator G. Köhler, Dr. Paul Meier, Dr. C. Rohrbach, Dr. Adolf Schmidt, Dr. med. Schwarz.

— Der „Vorwärts“ hatte dieser Tage einige besonders rohe Beschimpfungen gegen den Fürsten Bismarck veröffentlicht, was einige Blätter zu einer Aufforderung an den Staatsammalt, dagegen vorzugehen, veranlaßt hatte. Die „Damb. Nachr.“ bemerken dazu: „Wir müssen es dahingestellt sein lassen, ob Fürst Bismarck, nachdem er keine amtliche Autorität mehr zu wahren hat, persönlichen Werth auf die Abstraktion der sozialdemokratischen Blätter legt, die ihn beleidigen. Jedenfalls würde ohne seinen Antrag das Gericht durch die Staatsanwaltschaft kaum in die Lage gebracht werden können, dem verletzten Fürsten und nationalen Bewußtsein Sühne zu gewähren. Im Uebrigen glauben wir, daß die rohen Wuth- und Hohnausdrücke gegen den Fürsten Bismarck der Sozialdemokratie am meisten selbst schaden.“

— Im Reichsantheil des Innern hat gestern die angekündigte Konferenz von Vertretern der Reichsregierung, preussischen Landesregierungen, der Hansestädte und süddeutschen Regierungen bezüglich des Völkereingeschloßes ihre Verhandlungen bis zum Nachmittag ausgedehnt und heute Vormittag die Verhandlungen fortgesetzt. Der Hauptzweck der Zusammenkunft besteht darin, Gleichmäßigkeit in der Ausführung des neuen Völkereingeschloßes herbeizuführen. Es kommen hierbei überhaupt nur die Bestimmungen des Gesetzes in Betracht, die zwischen der Bundesrath und die Landesregierungen mitzuwirken haben. Dabei ist freilich nicht anzugeben, daß auch die allgemeinen und grundsätzlichen Fragen, welche bereits in der Öffentlichkeit erörtert worden sind, zur Besprechung gelangt sind. Man nimmt in den theilnehmenden Kreisen an, daß die Konferenz bereits heute ihren Abschluß finden wird.

— Im Auftrage der japanischen Regierung bereist gegenwärtig ein Beamter derselben, Herr Minobe, Europa, um die Verhältnisse der Einsiedler und Auswanderer mit Japan kennen zu lernen. In Hamburg hat ein Vertreter der „N. Hamb. Ztg.“ mit ihm eine Unterredung gehabt; aus dem Bericht darüber heben wir Folgendes hervor:

„Was denkt Japan hier (in Deutschland) einzuführen?“

In erster Linie Seidenwaaren. Wir haben in Japan sehr große, wirklich bedeutende Fabriken, die ganz europäisch eingerichtet sind, mit allem Komfort der letzten Fortschritte. Unser großer Seidenfabrikant Sawa hat schon vor 4 oder 5 Jahren durch Vermittelung unseres Konsuls mit einer Krefelder Firma eine lebhafteste Verbindung unterhalten, deren Erfolge für beide Theile höchst zufriedenstellend waren. Ich bin überzeugt, daß unsere Seide sich hier sehr gut behaupten wird.

In zweiter Linie stehen unsere Lackarbeiten, auch für diese der deutsche Markt sehr empfänglich. Weiter werden wir japanisches Papier einführen, ganz besonders Lugschpapier und Tapeten, ein Papier für Luxusdruck. Ich habe selbst in Berlin ein Muster dieses Papiers bekommen, es wird dort für Händlertageverträge benutzt.“

„Sie müssen es wissen“, fuhr Dr. Minobe fort, „daß wir viel zu viel nach Amerika exportiren; es wäre schade, den deutschen Markt, den wir uns ganz gut sichern können, uns entgehen zu lassen. So weit ich, daß Sie auch für unsere Teppiche großes Interesse haben, wie nicht minder für unsere geflochtenen Matten, Holzschneidereien und Bambusarbeiten wie Bambus-Blechtische.“

„Was würden Sie von uns beziehen?“ fragte ich.

In erster Linie brauchen wir Ihr Eisen wie aber ganz besonders Ihre Maschinen. Die deutschen Maschinen haben den englischen den Rang bereits abgelaufen; wir richten uns eben ein, ergo wollen wir die besten Maschinen haben, denn auch wir wollen an den modernsten Fortschritten theilnehmen. Hervorragend große Verwendungen werden bei uns elektrische Maschinen finden; Japan ist ein geringes Land, hat viele Wasserfälle wie überhaupt viel Wasserkraft, die sich für Fabrikzwecke ausnützen lassen. Bis jetzt haben wir unsere elektrischen Maschinen aus England bezogen, nun soll es anders werden, nun soll sich dem deutschen Markt bei uns ein gleiches Absatzgebiet eröffnen. Wir haben mit Elektricität in einzelnen Bergwerken schon sehr glückliche Versuche gemacht; in Kyoto besitzen wir sogar ein großartiges elektrisches Werk, das vor vier Jahren etwa inaktiv worden ist. Es arbeitet mit 2000 Pferdekraften.“

„Wie soll sich die direkte Verbindung zwischen Japan und Deutschland gestalten?“

„Ueber Hamburg natürlich. Wir werden eine direkte Schiffslinie einrichten, denn die „Erste Japanische Reederei Nipponkai“ hat vorzügliche Schiffe. Bisher sind unsere japanischen Schiffe in Ihrem Hafen noch nicht gesehen worden, die Reederei Nipponkai, die von der Regierung subventionirt wird, wird sie hierher entsenden, auf der Linie Yokohama-Hamburg. Der Austausch wird somit ein vollkommen direkter sein, hoffentlich zum Wohle beider Länder.“

**Leipzig, 27. Oktober.** Dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge tritt das Schiedsgericht zur Entscheidung der Lippischen Erbfolgefrage unter Vorsitz des Königs Albert von Sachsen zwecks Befestigung der Referenten und Festlegung der Geschäftsordnung am 30. ds. in Dresden zusammen.

**Österreich-Ungarn.**

**Wien, 27. Oktober.** Die „Neue Freie Presse“ bespricht den Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 24. d. M. und sagt: Der Neutralitätsvertrag habe nur ein geschäftliches Interesse:

„Wir hegen nicht den geringsten Zweifel, daß der deutsche Kaiser und dessen Staatsmänner ihre Verpflichtungen gegen Österreich eifrig, aufrichtig und ohne Wortankerbereit erfüllen werden. Wir hatten kein zu dem deutschen Volke und erwarten die gleiche Treue von ihm. Die Veröffentlichung hätte keine unmittelbar praktische Wirkung auf die gegenwärtige Politik und auf die Stimmung der europäischen politischen Kreise Österreichs.“

Das Blatt glaubt nicht, daß das von Fürsten Bismarck gegen den Dreibund gefasste Entschloß, welches in Österreich seinen ersten Schaden verursachte, in Deutschland zu finden und die Sicherheit des gegenseitigen Verhältnisses erschüttern werde.

Der „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: „Der Artikel der „Hamburger Nachrichten“ dürfte nichts an der festen Position des Dreibundes vor aller Welt ändern; wenn Bismarck gegenüber der jetzt autorisierten Kreise zu Worte kommen werden, so können und werden sie nichts anderes bieten, als eine entchiedene Abweisung des Verdachtes, daß ein Doppelspiel heute noch möglich wäre.“

Auch die übrigen Blätter sprechen dem Artikel des Hamburger Blattes jeden aktuellen politischen Werth ab.

**Wien, 27. Oktober.** Der Kaiser hat, wie die amtliche „Wiener Zeitung“ meldet, mit Sandisreiben vom 22. d. den Herzog Ludwig Philipp von Orleans zum Ritter des Ordens vom Goldenen Vließ ernannt.

**Wien, 27. Oktober.** In Folge der stürmischen Wahlbewegung in Ungarn gingen Truppen aus Pest, Ofen, Traiskirchen, Marburg, Magerburg, Laibach und aus mehreren Städten Galiziens nach den gefährdeten Orten ab.

**Wien, 27. Oktober.** Die Blätter melden einen Wahlerfolg aus Tyrnau in Ungarn; eine Abtheilung Unruhen, welche eintritt, wurde mit einem Sternhagel empfangen, wobei ein Unruher getödtet wurde. Die Abtheilung zerstreute den Pöbel mit blanker Waffe, zwei Personen wurden schwer verwundet.

**Wien, 27. Oktober.** Das Subkomitee des Budgetausschusses beschloß, die Regierung durch eine Resolution aufzufordern, künftighin die Inzestionsposten bei jedem Ressort in der Regierungsvorlage über den Staatsvoranschlag ersichtlich zu machen. Ferner beschloß das Subkomitee, dem Antrage der Regierung gemäß dem Budgetausschusse die Ausgabe eines nicht autorisierbaren Papiers vorzuschlagen.

**Belgien.**

**Brüssel, 25. Oktober.** Die Frage des Eintrittes des Prinzen Albert in den Senat wird immer leidenschaftlicher erörtert. Daß kein Vater, der Graf von Flandern, von seinem Rechte, im Senat zu sitzen, keinen Gebrauch macht, ist sehr natürlich; seine hochgradige Schwerhörigkeit hindert ihn daran, an öffentlichen Verhandlungen theilzunehmen. Man erinnert daran, daß der jetzige König als Kronprinz sofort am Tage seiner bürgerlichen Selbstthätigkeit in den Senat eintrat, seine Militäruniform ablegte und mit dem geschloßten Grade des Senators angethan, in diese gesetzgebende Körperschaft seinen Einzug hielt und in der Mitte des Saales seinen Platz einnahm. Wie die „Gazette“ aus guter Quelle hört, liegt die Hauptschwierigkeit darin, daß der König will, daß der Prinz Albert nicht den stummen Senator spielt. Da aber gegenwärtig über alle Fragen zwischen der katholischen und der liberalen Partei der erbitterteste Gegensatz und eine unüberbrückbare Gegensatz besteht, so ist zu fürchten, daß das Eintreten des Prinzen in die Verhandlungen ihn bei den Parteien kompromittirt und zu ärgerlichen Erörterungen den Anlaß gibt, zumal da drei sehr redende Sozialistenführer im Senate sitzen. Dieser letztere Grund ist jedenfalls der schwerwiegendste; denn die belgischen Sozialisten sind eine bedeutende Republikaner, die schon in öffentlichen Kammerreden

gen nicht nur den König persönlich in häßlicher, ja unangenehmer Weise angegriffen, sondern auch die Vertheilung einer belgischen Republik als das bestrebenswerthe Ziel gepriesen haben. Trotz alledem sucht man Mittel und Wege, um den Eintritt des Prinzen in den Senat in einem geeigneten Augenblicke zu ermöglichen.

**Frankreich.**

**Paris, 25. Oktober.** Die einzige deutsche Fahne, welche im Kriege von 1870 von den Franzosen erbeutet wurde und im Invalidentempel aufbewahrt wird, ist zum Anlaß eines großen Streites zwischen Savoyen und der Dauphiné geworden, denn die Einen behaupten, der Savoyarde Viktor Curial habe am 15. März 1871 bei Dijon die Fahne erbeutet, während die Anderen die That einem Frontireur der Jere, Josef Berret, zuschreiben. Beide Theile geben zu, daß Berret und Curial mit Lebensgefahr die Fahne vertrieben, von der aus die Frontireurs auf die deutschen Truppen schossen, um unter den auf der Straße liegenden schwerverwundeten oder todtenden Deutschen das Feldzeichen aufzuheben. Nach dem Zeugnis der Landeute Berrets kam dieser dem anderen zuvor, während die Savoyarden behaupten, der 17jährige Curial habe die Fahne zuerst ergriffen, nachher aber habe sie ihm Berret auf der Treppe, als sie in die Fahne zurückgefallen, aus der Hand gerissen. Der ehemalige Kolonialminister Chautemps ist als Kind von Savoyen um sein Urtheil angegangen worden. Er spricht sich in einem ausführlichen Schreiben für Curial aus, welcher damals für seine That von seinen Vorgesetzten belobt wurde, und dessen Name im Invalidentempel an der Fahne angebracht wurde. Er glaubt gar nicht an die Fabel, daß ein Frontireur der Jere dem Savoyarden die Fahne entziffen habe; sein Augenzeuge der Schlacht verbinde diese Darstellung, als das beste und unparteiischste Zeugnis bezeichnet er dasjenige des Anführers der Frontireurs der Freigrafschaft Burgund Dornay, da er weder Savoyarde noch Dauphinier war. Nach Dornay hatten die Frontireurs der Jere sofort ein gewisses Recht auf die Fahne, als die Deutschen, die mit ihr gefallen waren, von ihnen erschossen worden waren. Darum wurden sie sehr unwillig, als ihnen Curial zuvorkam, und suchten sich die Ehre anzueignen. Die Hauptsache bleibt nach Chautemps, daß alle Frontireur an jenem Tage ihre volle Pflicht thaten.

**Paris, 27. Oktober.** Chautemps-Lacour verbat sich leghwillig jede religiöse Handlung beim Begräbniß.

Der Stadtrath wählte zwar den Sozialisten Landrin zum zweiten Vorsitzenden wieder, jedoch erst nach zwei Abgängen. Zuerst erhielt er bloß 32 und auch später nur 40 Stimmen von 67, während Bandin mit 59 zum Vorsitzenden gewählt wurde. Zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang ließ Landrin durch seine Freunde versichern, er habe nicht selbst seine Unterthür unter den ruffenfeindlichen Manieranschlag gesetzt, sondern sein unparteiischer Wählerstand habe dies ohne sein Vorwissen gethan; das versicherte einige Stadtrathsmitglieder mit ihm.

**Paris, 27. Oktober.** Der „Matin“ meldet, das Ministerium werde dem Senatspräsidenten Douhet und dem Kammerpräsidenten Brisson, welche heute bei Eröffnung der Parlamentssession eine Ansprache bezüglich des Jarenbeschlusses halten werden, seinen Dank für die patriotischen Kundgebungen ansprechen und seinerseits eine ähnliche Erklärung anschließen. Die Journale, selbst die radikalen, sehen voraus, das Kabinett werde aus den angekündigten Interpellationsdebatten siegreich hervorgehen und wahrscheinlich bis zum Ende des Jahres am Ruder bleiben.

Der „Politique coloniale“ zufolge wurde der Sekretär des Gouvernements von Guyana abgesetzt wegen des Verdachtes, den Chiffre-Schlüssel der den früheren Kapitän Drehfus betr. Depeschen verrathen zu haben.

**Carman, 26. Oktober.** Unter den Arbeitern der hiesigen Glashütten herrscht Unzufriedenheit darüber, daß die neue Arbeiter-Glashütte in Albi errichtet wurde statt in Carman.

Abends fand eine von der Syndikatskammer einberufene, von etwa 3000 Personen besuchte Arbeiterversammlung statt, die sehr stürmisch verlief. Es kam zu heftigen Streiksgeboten, bei denen mehrere Schiffe gewechselt wurden. Der Deputirte Jaures versuchte zu reden, wurde aber von den Manifestanten daran verhindert. Mehrere Personen wurden aus dem Saale entfernt, letzterer wurde von den Genannten geräumt, welche die sich im Freien ansammelnde Menge zerstreuten. Drei Personen wurden ziemlich schwer verwundet. Nach der Versammlung beauftragten die sozialistischen Deputirten den Deputirten Jaures, die Regierung über die mit Gewalt erfolgte Auflösung der Versammlung zu interpelliren.

**Italien.**

**Rom, 27. Oktober.** Heute Vormittag fand eine große Truppenrevue auf der Piazza Barberini und der Piazza Indipendenza statt, welcher König Umberto, Fürst Alfia, der Prinz von Neapel und andere Fürstlichkeiten zu Pferde beizuhatten.

**England.**

**London, 27. Oktober.** Die „Times“ melden aus Konstantinopel vom 19. d. M.: Angehts des bedeutenden Interesses Frankreichs an der Stabilität der türkischen Finanzen wünscht die französische Diplomatie, die Autorität der Verwaltung der öffentlichen Schuld durch Umwandlung des Dekrets vom März 1881 in ein internationales Abkommen zu vermindern. Der Vorschlag Frankreichs geht dahin, daß ein russischer Delegirter in den Konseil der Dette Publique aufgenommen werde, so daß alle sechs Mächte in demselben vertreten wären.

**Rußland.**

**Petersburg, 27. Oktober.** (Melbung der „Russischen Telegraphen-Agentur“.) Von unterirdischer Seite wird die Nachricht, daß der russische Hofmeister in Konstantinopel, von Neidow, demnächst mit Urlaub von Konstantinopel abreisen werde, als gänzlich irrig bezeichnet.

**Griechenland.**

**Athen, 26. Oktober.** Ein starkes englisches Geschwader, bestehend aus neun Schiffen, ist im Piräus angekommen. Der französische Panzer „Marceau“ ist ebenfalls im Piräus angekommen.



und wird in einigen Tagen nach Mytilene abgehen.

#### Amerika.

**Newyork, 27. Oktober.** Eine Massenversammlung nahm gestern eine Resolution an, in welcher die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die armenischen Flüchtlinge nicht als gewöhnliche Auswanderer behandelt werden und worin ferner die Regierung aufgefordert wird, alle ihr zu Gebote stehenden friedlichen Mittel anzuwenden, um eine Uebereinstimmung der Mächte zur Beendigung der Grenz in Armenien herbeizuführen.

**Newyork, 27. Oktober.** Nach einer Meldung aus Havana hat Oberst Segura die Aufständischen nach zweitägigem Gefecht von dem Berge Sorrao Minorio (?) vertrieben. Die Aufständischen hätten 61 Tode gehabt, während auf Seiten der Spanier ein Leutnant und 21 Mann gefallen und 7 Offiziere und 157 Mann verwundet worden seien.

#### Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 28. Oktober.** Die Arbeiter Karl Wohlmann'schen Eheleute zu Grabow a. D. feiern am 23. d. Mts. ihr goldenes Ehejubiläum. Herr Pastor Wans segnete das Jubelpaar noch einmal ein und überreichte demselben ein Allerhöchstes Glückwünschkreuz.

Das von dem hiesigen Verein ehemaliger Jünglinge des kgl. gr. Militär-Waisenhauses Potsdam am Sonntag, den 24. d. M., im Saale der Stettiner Molkerei veranstaltete Wohlthätigkeits-Konzert nahm einen überaus guten Verlauf. Eingeleitet wurde das Konzert mit einer von Herrn Musiklehrer Büchel und einer Schillerin desselben auf dem Klavier vierhändig vorgetragenen Sonate. Sodann wechselte Gesang- und Instrumental-Vorträge miteinander, wobei wiederum Herr Büchel mit gewandtem Violinspiel die Zuhörer fesselte. Ferner wirkten Herr Meyer mit einem Trompeten-Solo, sowie Fräulein Mijske durch Klavier- und Herr Koch als Violoncello auf dem Klavier mit. Auch die Gesang- und komischen Vorträge eines bewährten Dilettanten erfreuten sich großen Beifalls.

In der heutigen Nummer ist die Bekanntmachung betreffend eine 5prozentige hypothetische, dem Jahre 1900 ab amortisierbare Anleihe zwecks weiterer örtlicher Erschließung des Seebades Albst, sowie Errichtung einer Ferien-Kolonie für Kinder des Mittelstandes, ferner zur Erbauung eines Kurhauses und zur Herstellung sonstiger im Interesse der Badebesucher stehender Einrichtungen enthalten. Ausbedeuten alle Freunde dieses lieblichen Seebades mögen sich eine Beteiligung an der Zeichnung um so mehr angelegen sein lassen, als für Kapital und Zinsen 261 596 Quadratmeter Dünendämme als genügende Sicherheit für die Obligationen zu bezeichnen sind. Die Grundschuld ist auf der Basis von 4 1/2 Mark pro Quadratmeter kontrahiert, und bleibt weit hinter der Hälfte der für Dünendamm in so bevorzugter Lage geltenden Tage für das Quadratmeter bareisen Landes zurück.

Ueber die Bedeutung des Kaiser Wilhelm-Kanals für den Stettiner Seeverkehr äußert sich ein Bericht des englischen Konsuls in Stettin dahin, daß die Abgabe eines endgültigen Urtheils noch verfrüht sei. Einmalen falle der Kanal für den Verkehr von und nach Stettin des hohen Gebührentarifs wegen wieder ins Gewicht, da die Kanalkosten in Folge dessen größer seien, als die Zeit-, Kohlen- und Lohnersparnis, sowie die Schonung des Schiffsmaterials. Den Hauptvorteil ziehe gegenwärtig Hamburg aus dem Kanal, dessen Benutzung für die Fahrten von und nach den baltischen Häfen sich so profitabel erweise, daß sie trotz der Kanalgebühren noch lohnend bleibe.

Dem Ostschafer August Friedrich zu Damerow im Kreise Belgard ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem evangelischen Lehrer, Kantor und Organisten Wölfl zu Mummelsburg i. Pom. ist der Adler der Inhaber des kgl. Hausordens von Hohenzollern verliehen.

#### Aus den Provinzen.

**W. Aulam, 26. Oktober.** Ein Patent auf einen Verchluß für Feuerungsthüren hat G. Müller hier selbst erhalten.

#### Kunst und Wissenschaft.

**Frankfurt a. M., 27. Oktober.** Zu der am 29. Oktober hier stattfindenden Aufführung von Beethovens C-dur-Messe ist eine von Gustav Selinger geschriebene Erklärung mit Notenbeispielen in dem „Musikführer“ als Nr. 30 erschienen. Diese Erklärung dürfte das Verständnis für das Werk bedeutend erhöhen und dadurch das Interesse an demselben wesentlich vermehren. Der Musikführer ist sowohl an der Kasse als in den hiesigen Musikalienhandlungen zum Preise von 20 Pfg. pro Nummer käuflich.

#### Bermischte Nachrichten.

**Berlin, 27. Oktober.** „Unsere Schwarzen“ aus der Kolonial-Abtheilung, soweit dieselben in Deutschland zurückgeblieben, haben sich zu einer

Bereinerung zusammengefunden. Da die Negerscheits garnicht, theils nur mangelhaft deutsch schreiben und lesen können, von der Negerscheits jedoch garnicht verstehen, so erhalten dieselben auf Veranlassung der deutschen Kolonial-Gesellschaft Unterricht, der ihnen in dem evangelischen Vereinssaale in der Wilhelmstraße erteilt wird.

Der Schlichter Reindel ist „amts-müde“ und will sich zur Ruhe setzen. Um sein Amt sind bereits zahlreiche Bewerbungen eingegangen; einzelne der Bewerber sind bereits versucht worden, sich bei der Staatsanwaltschaft I Berlin vorzustellen.

(Ein noch unbekanntes Gedicht Theodor Körner's.) Dem Körnermuseum in Dresden, für dessen Bereinerung sein Gründer und Direktor, Hofrath Dr. Pfeiffer, stets inermüdet bejagt ist, sind jetzt vom Bürgermeister B. Schilling in Rücksicht die geschäftlichen Auszüge gesendet worden, die Theodor Körner für das von ihm in der ersten Hälfte des Jahres 1812 in Wien verfaßte fünfaktige Trauerspiel „Kosmunde“ gemacht hat und die nun eine interessante Ergänzung der im Körnermuseum befindlichen Handschrift dieses Bühnenwerkes bilden. Die Auszüge sind mit dem Meißt niedergeschrieben, in Teintenschrift oder findet sich auf der letzten Seite folgendes bisher noch unbekanntes Gedicht Körner's:

„O rufe die Thränen  
Des Kummers zurück,  
In Verten der Fremde  
Verfenne den Blick.  
Was kann denn das Jünnen  
Der feindlichen Welt,  
Wo Muth und wo Treue  
Die Herzen gekelt!  
Wo innig sich Seele  
An Seele gekniet!  
Vertraue der Liebe,  
Sie kämpft, doch sie siegt.  
Einst schließ sie, vom Rebel  
Der Zeit noch bedekt,  
Doch wie sie erwachte,  
Hat Gott sie gewelt.“

Vermuthlich waren diese Verse für Antonie Abandberger bestimmt.

Das Jahr 1896 hat eine große Anzahl an Ausstellungen in deutschen Vaterlande aufzuweisen, welche beiderseits Zeugnis von der fortschreitenden Entwicklung deutscher Betriebsamkeit und Intelligenz ablegen. Diese verschiedenen Ausstellungen fanden eine wesentliche Förderung durch damit verbundene Verlosungen, deren Ergebnis Mittel für diese imposanten Veranstaltungen flüssig machten. Unter denselben nimmt die glänzende Ausstellung für Elektro- und Kunstgewerbe in Stuttgart 1896 einen hervorragenden Rang ein. Die Stuttgarter Große Geld-Lotterie findet am 5. und 6. November d. J. statt. Sie bringt an Geldtreffern: 100 000 Mark, 30 000 Mark, 15 000 Mark, 7500 Mark, 2000 Mark u. s. w. u. s. w. in baarem Gelde ohne jeden Abzug, im Ganzen 4340 Geldgewinne im Betrage von 237 000 Mark, außerdem noch 500 Gewinne im Werthe von 75 000 Mark. Von dem noch geringen Losbestande sind ganze Original-Lose zum Preise von 3 Mark von dem Generaldebit Eberhard Feyer in Stuttgart oder der Haupt-Agentur F. A. Schrader in Hannover zu beziehen.

**Kassel, 27. Oktober.** Im Dorfe Mosheim (Kreis Homburg) sind 14 Wohnhäuser und Scheunen niedergebrannt.

**Sabre, 26. Oktober.** Als gestern Abend auf dem Artillerie-Schießplatze der Ingenieur Brindeau mit Gewalt einen Zylinder in die Kasse eines zur Verübung nach Griechenland bestimmten Geschützes pressen wollte, entstand eine Explosion. Brindeau und ein Aufseher wurden entsehrlich verkrummt und getödtet, ein griechischer Artillerie-Offizier Namens Tencola und ein Arbeiter schwer verletzt.

#### Gerichts-Zeitung.

Der Angeklagte hatte in einem von ihm vorbereiteten Wahlspruch gegen das Ministerium den nach Ansicht des Landgerichts allerdings beleidigenden Vorwurf erhoben, das Ministerium habe bei der letzten Staatsanstellung das wahre Sienersbedürfnis des Staates „künstlich“ zu verfeinern, beziehungsweise auszuhebeln gesucht. Hierbei hatte der Angeklagte das Verfahren des Ministeriums als „künstlich“ bezeichnet. Das Landgericht erkannte aber auf Freisprechung, indem es dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zubilligte und ausführt, daß aus der Einleitung des Vorwurfs in den Ausdruck „künstlich“, also aus der Form der Äußerung, noch nicht auf eine beleidigende Absicht des Angeklagten zu schließen sei. Das Reichsgericht trat der Auffassung des Landgerichts nicht folgend, in der „Jurist. Wochenschrift“ mitgetheilte Begründung bei: Der Streit um die Größe der wirklich vorhandenen staatlichen Steuerbedürfnisse, der gegenseitige Vorwurf, durch künstliche Gruppirung der einzelnen Budgetposten, durch geistlich zu niedrige oder zu hohe Vorschläge der Einnahme, durch Uebertreibung oder Unterschätzung der Ausgaben, Nachverwägung anderweit vorhandener Abflüsse und dergleichen die wahre Erkenntnis des Staatsbedürfnisses zu ver-

hüten, gehört so sehr zu den alltäglichen Erscheinungen der Budgetkämpfe, daß die hierbei gebrauchten gleichwertigen Ausdrücke „künstlich“, „künstlich“, „künstlich“ rechtlich als noch keine absolut formalen Beleidigungen enthaltend qualifiziert werden können.

#### Landwirthschaftliches.

(Anbau von Infarnatle in der Getreidekoppel als erstes Grünfütter im Frühjahr, zugleich als Mittel zur Bereinerung des Bodens an Stickstoff.) Wenn noch vielfach zum Zweck einer frühen Futtergewinnung im Frühjahr sog. Futterroggen oder Futtergerste gebaut werden, die besonders bei wiederholter Düngung mit Sande oder ähnlichen stickstoffreichen Dingenmitteln auch recht gut gedeihen, so sollte dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß Futterroggen sowohl wie Gerste stickstoffreicher sind, und nur kräftig gedeihen, wenn sie während des Wachstums häufiger gedüngt werden. Aber auch selbst dann lassen sie den Boden kaum in einem für den Anbau anderer Gewächse ausgezeigten Zustand zurück. Das hat mit Recht dazu geführt, beim Anbau von Futterpflanzen, an Stelle der Genannten, stickstoffreicher zu lassen, wie Wintererbsen und Winterwicke, besonders aber den Infarnatle, welcher nach vielfach gemachten Erfahrungen, gleich nach der Getreideernte gesät, schon im Mai einen vorzüglichen Futterertrag liefert, zugleich das Feld so zeitig räumt und an stickstoffreicher, daß nach ihm Weizen und andere Pflanzen mit vollster Aussicht auf Erfolg noch gebaut werden können. Besonders trifft dies für etwas leichteren Boden zu, zumal wenn es diesem zugleich nicht an einer kräftigen Düngung mit Thomasschlacke und Kainit fehlt. Bei einer solchen Gedüht er sogar sehr gut auf ganz leichtem Sandboden. Man sät den Infarnatle am besten in die sofort nach dem Schnitt aufgedrohtene Koppel vom Winterroggen, jedenfalls aber bis längstens Mitte August, und ist die Witterung dann nur einigermaßen günstig, so entwickelt sich derselbe so rasch, daß der Boden bald wieder bedekt ist. Meist bietet der Infarnatle schon im Herbst eine ausgezeichnete Weide; nach dieser benutzt, so pflügt man im Frühjahr nach dem Ausreizen unter, und bildet er dann eine ganz vorzügliche Vorfrucht für Kartoffeln und andere Sommerfrüchte. Im Anbau dieser Pflanze als Stoppelfrucht besitzt der Landwirth ein billiges Mittel, seine Wirthschaft an Futter und seinen Boden an stickstoff zu bereichern.

#### Börsen-Berichte.

**Magdeburg, 27. Oktober.** In der Berichterstattung vom 22. Oktober 10,25 bis 10,35, Kornzuder erstl. 88 Prozent Rendement 9,75-9,90. Nachprodukte erstl. 75 Prozent Rendement 7,25 bis 7,75. Ruhiger. Brod-Maffinade 1,23,75 bis 1,23,50. Brod-Maffinade 11,23,50 bis 11,23,50. Gen. Maffinade mit Sah 23,25 bis 24,25. Meis 1. mit Sah 22,25 bis 22,25. Maffinade 1. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Oktober 9,00 bez., 9,05 B., per November 9,02 B., 9,07 1/2 B., per Dezember 9,12 1/2 B., 9,17 1/2 B., per Januar-Dezember 9,35 B., 9,42 1/2 B., per April-Mai 9,62 1/2 B., 9,67 1/2 B. Ruhig.

**Hamburg, 27. Oktober.** Born. 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Oktober 52,25, per Dezember 52,25, per März 52,25, per Mai 52,75. Ruhig.

**Hamburg, 27. Oktober.** Born. 11 Uhr. 3. d. r. (Vormittagsbericht.) Rüben-Magaziner 1. Produkt Basis 88 pft. Rendement neue lifance, frei an Bord Hamburg per Oktober 9,02 1/2, per November 9,07 1/2, per Dezember 9,20, per März 9,52 1/2, per Mai 9,70, per Juni 9,87 1/2. Ruhig.

**Wien, 27. Oktober.** Getreidemarkt. Weizen per Herbst 8,15 B., 8,18 B., per Frühjahr 8,30 B., 8,32 B. Roggen per Herbst 6,95 B., 7,00 B., per Frühjahr 7,23 B., 7,25 B. Mais per September-Oktober 4,55 B., 4,60 B., per Mai-Juni 4,61 B., 4,63 B. Hafer per Herbst 6,17 B., 6,19 B., per Frühjahr 6,33 B., 6,34 B.

**Wien, 27. Oktober.** Born. 11 Uhr. Pro duktenmarkt. Weizen 1. sort. behauptet, per Herbst 7,50 B., 7,53 B., per Frühjahr 7,92 B., 7,94 B. Roggen per Herbst 6,80 B., 6,85 B., per Frühjahr 6,81 B., 6,83 B. Hafer per Herbst 5,76 B., 5,80 B., per Frühjahr 5,91 B., 5,93 B. Mais per September-Oktober 4,55 B., 4,60 B., per Mai-Juni 4,61 B., 4,63 B. Kaffee per August-September 4,23 B., 4,24 B.

**Hamburg, 27. Oktober.** Born. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Oktober 62,75, per Dezember 62,25, per März 62,75. Ruhig.

**Glasgow, 27. Oktober.** Born. 11 Uhr 5 Min. Rohseifen. Mixed numbers war rants 48 Sch. 3 1/2 d. Stetig.

#### Telegraphische Depeschen.

**Berlin, 27. Oktober.** Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: Bei der öffentlichen Versprechung der jüngsten „Entschlüsse“ der „Hamburger Nachrichten“ über deutsch-russische Beziehungen

bis zum Jahre 1890 ist vielfach der Wunsch hervorgetreten, die Regierung möge auch ihrerseits das Wort zur Sache ergreifen. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dies nicht geschehen wird. Diplomatische Vorgänge der von den „Hamburger Nachrichten“ erwähnten Art gehören ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen; sie gewissenhaft zu wahren, bürdet auf einer internationalen Pflicht, deren Verletzung eine Schädigung wichtiger Staatsinteressen bedingen würde. Die kaiserliche Regierung muß daher auf jede Darstellung verzichten, die sich jenen Ansprüchen gegenüber weder Sachliches berichtigen, noch Unvollständiges ergänzen, in der Ueberzeugung, daß die Zurechtweisung in der Aufrichtigkeit und die Vertragstreue der deutschen Politik bei anderen Mächten zu fest begründet ist, als daß sie durch derartige „Entschlüsse“ erschüttert werden könnte.

Auch die „Post“ nimmt an, daß die Auslassungen der „Hamb. Nachr.“, welche in der Presse Deutschlands und Oesterreichs allgemein beachtet worden sind, im letzteren Lande ein gewisses Misstrauen gegen die deutsche Politik erzeugen könnten. Es liegt jedoch dafür kein erster Grund vor, da Oesterreich über die Stellung Deutschlands zu Russland orientiert sein müsse. Im Kreise des Dreibundes herrsche ungeschwanktes Vertrauen, welches jede der drei Mächte entgegenbringe und geniesse.

Nach der heutigen Sitzung des Gouverneurs von Wismann bei dem Reichskanzler ist die Frage entschieden, daß Herr von Wismann nicht mehr nach Afrika zurückgeht, nachdem er die Gründe für seinen Wunsch, hier zu bleiben, entwickelt hat. Es wird demnach die Amtsentlassung desselben erfolgen müssen. Als ebenso sicher ist die Thatsache zu betrachten, daß die Spitze in Deutsch-Ostafrika eine Zivilverwaltung, nicht wie bisher eine Militärverwaltung sein werde.

Die Ernennung des bisherigen Direktors der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, Wirklichen Geheimen Legationsraths Freiherrn von Nichte, und der des Gouverneurs von Wismann fand gestern beim Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe gemeinschaftlich statt.

Wie verlautet, hat der Rektor der Universität Professor Brunner den im „Sozialwissenschaftlichen Studentenverein“ zu Berlin in Aussicht genommenen Vortrag des Fräulein Helene Lange „über intellektuelle Grenzlinien zwischen Mann und Frau“ verboten.

Am 20. November wird der Prozeß des Pfarrers Witte gegen den Hofprediger a. D. Sticker wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht I, Alt-Moabit, stattfinden. Außer der Gattin Witte's sind als Zeugen geladen: Freiherr von Hammerstein, Generalinspektor des Bahnhofs am Nord und Pfarrer Grolow aus Ostst. bei Greifswald. Bekanntlich ist die Angelegenheit besprochen in der Broschüre des Pfarrers Witte: „Schneider Grüneberg und Hofprediger Sticker, oder der gefälschte Brief.“

**Bozen, 27. Oktober.** Wie der „Boz. Zig.“ aus Triest gemeldet wird, sind gestern 18 vollstänige mit der Ernte gefüllte Scheunen dort abgebrannt. Ungefähr liegt Brandstiftung vor.

**Schießplatz Meppen, 27. Oktober.** Seine Majestät der Kaiser und Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich sind mit Gefolge heute früh kurz vor 9 Uhr in Meppen eingetroffen. Geheimrath Krupp, Admiral v. Knor und Staatssekretär Hollmann empfingen Seine Majestät am Bahnhof, bestiegen sodann den Fußweg und geleiteten Seine Majestät nach dem kuppigen Schießplatz. In der Stadt Meppen sind der Bahnhof, die Kirchen und viele Privatgebäude mit preussischen und deutschen Fahnen festlich geschmückt. Kurz nach 9 Uhr trat der Fußweg auf dem ebenfalls reich geschmückten tragenden Schießplatz ein; am Empfangsgebäude stieg die königliche Standarte empor. Seine Majestät der Kaiser begrüßte huldvollst den anwesenden Direktor der kuppigen Werke, wie auch den Kapitän zur See und die übrigen anwesenden Marineoffiziere. Seine Majestät wohnte hier Schießversuchen der kaiserlichen Marine mit Geschützen, bei, die zur Anweisung der neuesten Panzerkräfte in Aussicht genommen sind. Im Gefolge Seiner Majestät des Kaisers befinden sich der Chef des Militärkabinetts General von Dahnke, der Chef des Geheimen Zivilkabinetts Wirkl. Geheimrath v. Uexküll, der Chef des Marinekabinetts Kontre-Admiral Fehr v. Senckenbüren, der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers General v. Pflessen, der Hofmarschall Fehr v. Glogowitz und die Flügel-Adjutanten Oberst v. Scholl und Major Fehr v. Berg. Die Schießversuche nahmen um 9 1/2 Uhr ihren Anfang.

In den Schießversuchen trat gegen Mittag eine Pause ein, während der im Empfangsgebäude eine Frühstückstafel zu 28 gedeckt stand. Danach wurden die Schießversuche wieder aufgenommen. Heute Nachmittag gegen 4 Uhr werden Seine Majestät der Kaiser und Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich mit Gefolge nach der kuppigen Villa Hügel bei Essen abreisen. Seit 10 Uhr Vormittags herrscht Regenwetter.

**Freiburg i. B., 27. Oktober.** Heute Mittags hat unter großer Theilnahme die Beilegung des Erzbischofs Noos stattgefunden. Auf derselben nahm auch der Erzbischof von Freiburg Theil als Vertreter des Erzbischofs von Baden.

**Entwurf, 27. Oktober.** Der Eisenbahnbeförder Brauchleank hat von der Volkspartei die ihm angebotene Reichstagskandidatur für den 13. Wahlkreis angenommen.

**Wien, 27. Oktober.** In diplomatischen Kreisen verlautet, daß gegenwärtig in Folge der Initiative des Ministers Solowowski zwischen den Großmächten Verhandlungen stattfinden, welche die Befähigung der nötigen Mittel, damit die Türkei die von den Großmächten verlangte Reform bald zum günstigen Abschluss bringen könne. Der Sultan willigt darin, daß den Regierungen der Großmächte, welche ihren ständigen Aufenthalt in Konstantinopel zu nehmen hätten, auch die Durchführung der türkischen Verwaltung übertragen würde. Unter diesen Umständen würde unter Garantie der Großmächte eine türkische Anleihe zu Stande kommen können.

**Wien, 27. Oktober.** Bei einer Spazierfahrt stießen Baron Gerlich und Baron Andreas Rossmann durch einen unglücklichen Zufall mit ihren Pferden so heftig zusammen, daß beide Herren schwere Verletzungen davon trugen.

**Paris, 27. Oktober.** Die Regierung bringt heute in der Kammer vier Gesetzesentwürfe, die Dezentralisations-Maßnahmen betreffen, ein. Ferner einen Entwurf, betreffend die Organisation der Kolonialarmee, welche unter die Leitung des Marine-Ministers gestellt werden soll. Der Finanzminister will die Einsetzung einer außerparlamentarischen Kommission beantragen, welche Vorschläge über ein Monopol-Monopol machen soll.

**Paris, 27. Oktober.** Die Pariser Blätter reproduzieren die Angriffe der englischen Blätter gegen Deutschland und betonen, England sei deshalb so erbittert, weil Deutschland der russisch-französischen Allianz näher komme. Die Politik Bismarcks sei die gewesen, Oesterreich über Bord zu werfen und mit Russland vereint gegen England zu ziehen.

**Paris, 27. Oktober.** (Privat-Telegramm.) Heute Nachmittag hielten die Kammer und der Senat Sitzungen ab. Im Senat verlas Loubet ein Dekret Faure's, womit er beide Kammern auf heute einberuft. Loubet verlas dann das Abschieds-Telegramm des Jaren an Faure. Sodann hielt Loubet eine längere Rede, welche von dem Jarenbezug handelte, und mit Wünschen für das Jarenpaar und Russland schloß. In der Kammer hielt Brisson eine Ansprache, welche fast dieselben Bemerkungen enthielt.

**Rom, 27. Oktober.** Die Berliner Nachricht, daß Russland während der bulgarischen Kriege in Rom eröffnet hätte, es würde Italien zu dem Besitze Trients verheissen, wenn Italien bei einem Kriege zwischen Oesterreich und Russland zu letzterem stoße, wird in hiesigen maßgebenden Kreisen als vollständig erfunden bezeichnet. Ebenso unwichtig ist, es habe Frankreich Italien Trient sichern wollen, falls Italien in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich letzterem zu Hilfe käme. Vorschläge dieser oder ähnlicher Art seien je wieder von Russland noch von Frankreich in Rom gemacht worden.

**London, 27. Oktober.** Die „Times“ meldet aus Rom, daß der Kündigungstermin für den im Mai 1898 ablaufenden Dreibundsvertrag mit dem 1. Mai 1897 zu Ende gehe.

**London, 27. Oktober.** „Daily Graphic“ meldet aus Konstantinopel: Die armenischen Revolutionäre beabsichtigen Konstantinopel an 4 Orten in Brand zu setzen. Die Beunruhigung in Konstantinopel ist unbeschreiblich.

**London, 27. Oktober.** „Daily Mail“ erhebt gegen Deutschland die unglücklichsten Angriffe und sagt, von einer Annäherung Englands an Deutschland könne keine Rede sein.

**Konstantinopel, 27. Oktober.** In der absehnenden Haltung der Porte gegenüber dem Begehren der amerikanischen Regierung um Zulassung eines Stationschiffes wird bemerkt, daß diese Haltung hauptsächlich auf den Widerspruch Englands dem Verlangen der Washingtoner Regierung gegenüber zurückzuführen sei.

**Chicago, 27. Oktober.** Das große Getreidelagerhaus der Pacific-Company ist mit 1 100 000 Scheffel Getreide niedergebrannt. Der Schaden wird auf anderthalb Millionen Dollars geschätzt.

#### Wetterausichten für Mittwoch, den 28. Oktober.

Ein wenig kühler, zeitweise neblig, vielfach heiter bei schwachen südlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

#### Wasserstand.

Am 26. Oktober. Elbe bei Auisig + 0,32 Meter. — Elbe bei Dresden + 0,94 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 1,42 Meter. — Elbe bei Strausfurt + 1,35 Meter. — Oder bei Matibor + 1,47 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel + 4,90 Meter, Unterpegel + 0,10 Meter. — Oder bei Frankfurt + 1,40 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,54 Meter. — Weichsel bei Thorn + 0,30 Meter. — Warthe bei Posen + 0,70 Meter. — Vistula bei Stettin + 0,97 Meter.

Leilin, den 27. Oktober 1896.		Leichte Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.		Schwere Fonds.		Bergwerk. und Hütten-Gesellschaften.		Eisenbahn-Stamm-Aktien.		Bank-Papiere.	
										Dividende von 1895.	
										Dividende von 1896.	
										Disc.-Cont.	
										Debit.	
										Nationald.	
										Bottm.	
										comp.	
										Pr. Centr.	
										Bab.	
										Reichsbank	
										6,115,000	
										15,9,000	
										Gold-Dollars	
										Engl. Banknot.	
										Franz. Banknot.	
										Oester. Banknot.	
										Russische Not.	
										217,900	
										27. Oktbr.	
										168,300	
										167,400	
										80,000	
										80,000	
										30,600	
										20,250	
										80,000	
										80,000	
										169,950	
										80,850	
										75,500	
										215,900	
										215,000	







